

Hohenstein-Ernstthal-Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthal-Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Anzeigen erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2-spaltige Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei baldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unerlangt eingekannter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 53. Fernsprecher Nr. 151. Donnerstag, den 6. März 1913. Geschäftsstelle Bahnstraße 3. 40. Jahrgang

Der Agent

Herr **Max Scheibner**, hier,

ist als Vollstreckungsbeamter bestellt und verpflichtet worden.
Oberlungwitz, am 4. März 1913.

Der Gemeindevorstand.

Der Präsidentschaftswahlwechsel in Nordamerika

vollzog sich am Dienstag auf dem Kapitol in Washington in einfacher Weise, nachdem schon vorher die Fahrt Wilsons von New-Yersey, wo er bisher den Gouverneurposten und das Rektorat der dortigen Universität innehatte, nach der Bundeshauptstadt einem kleinen Triumphzug gegliedert hatte. Vom „Weißen Hause“ fuhr Wilson mit Taft, den zurücktretenden Präsidenten, in einer Staatskutsche zum Kapitol, wo sich bereits die Mitglieder des Kongresses, die Richter des Bundesoberrechts, die Vertreter des diplomatischen Korps usw. eingefunden hatten. Auch Frau Wilson mit ihren Töchtern war erschienen; lebhaftes Jubelgeschrei wurde ihnen zuteil. In altüberkommener Weise leistete Doktor Wilson den Amtseid und trat in demselben Augenblicke seine Präsidentschaft an, die er mit einer kurzen Ansprache einleitete. Nach der Rückfahrt zum „Weißen Hause“ räumte der alte Präsident Taft endgültig Wilson die Amtswohnung ein. Inzwischen setzte sich bereits der große Festzug in Bewegung, dessen Vorbereitungen sich Wilson von einer eigens dazu errichteten, mit den amerikanischen Farben ausgeschlagenen Tribüne ansah. Abends ließ das Abbrennen zahlreicher Feuerwerkskörper nochmals die Freude der Amerikaner über den neuen Präsidenten aufleuchten, der seine Freunde und Parteianhänger zu einem großen Bankett vereinigt hatte.

Wie am Nationalfeiertage kamen in dem Gedränge und beim Abbrennen des Feuerwerks eine Reihe Unfälle vor. Auf den Straßen herrschte bisweilen ein Treiben und Leben, als wenn man mitten im Karneval wäre; denn wie bei jeder Präsidentschaftswahl waren auch bei der Wilsons viele verrückte Betten abgeschlossen worden, die diesmal um so zahlreicher waren, als mit Wilson wieder ein Demokrat der höchste Beamte der Vereinigten Staaten geworden ist. Gerade diesmal trieb der Yankee-Spleen ganz sonderbare Blüten.

Die Wertschaft, mit welcher der neue Präsident nach seinem Einzuge in das Weiße Haus die Regierung übernahm, war im wesentlichen eine Umschreibung des demokratischen Programms, das Wilson gemäß seinem Ausspruch: „Die Präsidentschaft ist, was der jeweilige Präsident aus ihr macht“, allen Widerständen zum Trotz durchzuführen entschlossen ist. Mit dem Auslande will der Präsident freundschaftliche Beziehungen aufrechterhalten, und hofft das um so eher zu ermöglichen, als er den republikanischen Grundsatz des „größeren Amerikas“ durchaus aufgibt. Amerika ist an Territorialbesitz gesättigt und bedarf keiner weiteren Ausdehnung. In der Panamanafrage will der Präsident den Wünschen Englands entgegenkommen. Von besonderen Zollleichterungen durch eine Tarifreform, die von der Handelswelt des Auslandes vielfach erwartet worden war, schweigt die Wertschaft. Rußland gegenüber wird der neue Präsident in der Handelsvertragsfrage Nachgiebigkeit beweisen müssen. Den Kampf gegen die Auswüchse des Erntemessens hat der neue Präsident vorläufig auf seine Fahne geschrieben. Wie weit er damit kommen wird, muß die Zukunft lehren.

Der Balkan und kein Ende.

Die Wiener Vorbürse war auf friedliche Auffassung besetzt, doch konnten nur Rumänienwerte lebhafter umgesetzt werden. Das paßt in den Balkan-Wirrwarr prächtig hinein. Alle Teile wünschen den Frieden, halten aber noch immer an den Waffen fest. Die Türkei

bittet um die Vermittlung der Mächte, ohne deren Kollektionsangelegenheiten zu haben. Die Mächte wollen sich gleichwohl bei den Balkanbündnissen nach deren Bedingungen erkundigen. Bisher beehrte Bulgarien auf der Forderung einer Kriegsschadung, von der die Großmächte meinen, daß die Türkei sie nicht zahlen könnte. Es besteht auch weiter auf einer Grenzlinie Midia-Rodoslo, während die Großmächte es verbinden zu sehen wünschen, daß sich Bulgarien an einem weiten Teil der Küste des Marmarameeres festsetzt. Die Dardanellen würden ihm kein Hindernis mehr sein, wenn es am Marmarameer festen Fuß fassen könnte. Die Unbilden des Wetters verhindern jede kriegerische Aktion am Balkan; wie auf den übrigen Teilen des Kriegsschauplatzes ist daher auch die Lage bei Adrianopel und Skutari unverändert.

Der jüngsten Versammlung legt man in Konstantinopel keine Bedeutung bei, da keine einflußreiche Persönlichkeit in sie verwickelt ist. Ueber ihre Entmobbilierung sind Rußland und Oesterreich einig, man konnte die gemeinsame Kundgebung über die beschlossene Entlassung der Reserve nur deshalb noch nicht veröffentlichen, weil einige Formfragen noch nicht gelöst sind.

Die Londoner Botschaftsversammlung beschäftigte sich nicht mit dem eigentlichen Friedensproblem, da ihr die Bedingungen der Balkanstaaten nicht bekannt sind, sondern mit dem bulgarisch-rumänischen Problem und hofft, daß, wenn ihr dessen Lösung nicht möglich sein sollte, diese in Petersburg gelingen werde. In der bulgarischen Sotranje wurden die rumänischen Forderungen als ungerechtfertigt bezeichnet.

Die Großmächte werden gemeinsam eine Entschädigungsforderung an Bulgarien richten, dessen Truppen von den Söhnen von Scharaf am Marmarameer aus deutsche, englische, französische, italienische und holländische Handelsdampfer, die sie für türkische Transportschiffe hielten, beschossen und ihnen einigen Schaden zufügten.

Die Türkei bestellt Flugzeuge in Leipzig. Wie aus Leipzig gemeldet wird, bestellte die Türkei bei Leipziger deutschen Flugzeugwerken dringend 12 Marsdoppeldecker, möglichst sofort lieferbar, und weitere 18 zur baldigen Ablieferung. Drei wurden bereits abtransportiert.

Tagesgeschichte.

König Friedrich August und die Abgabe vom Vermögen.

Wie verlautet, hat sich König Friedrich August über den Plan, die einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen zu decken und dabei auch die Vermögen der Fürsten heranzuziehen, sehr sympathisch geäußert und sich dahin ausgesprochen, er halte die Idee für vollkommen berechtigt und würde mit Freuden bereit sein, um des großen Zieles willen das Seine dazu beizutragen.

Der Kaiser in Wilhelmshaven.

Der Kaiser, der vorher die Befestigungen auf Helgoland besichtigt hatte, inspizierte am Dienstag im Wilhelmshavener Kriegshafen mehrere neue Schiffe unserer Hochseeflotte. Während der Monarch an Bord des Linien-schiffes „Kaiser“ weilt, unternahm die beiden Marineflugzeuge der Flugstation Wilhelmshaven Aufstiege, die der Kaiser vom Schiffe aus beobachtete. Am heutigen Mittwoch fährt der Kaiser von Wilhelmshaven nach Bremen, wo ihm zu Ehren im Rathaus ein Frühstück gegeben wird. Abends trifft der Monarch wieder in Berlin ein.

Die Abfahrt der Kaiserin von Gmunden

erfolgte nach mehr als dreitägigem Besuch beim cumberländischen Herzogspaar am Dienstag gegen Mitternacht. Die Prinzessin Viktoria Luise war von dem Aufenthalt in dem schönen Welfenschloß und der romantischen Umgebung so entzückt, daß sie erklärte, sie möchte am liebsten in Gmunden bleiben. Nicht nur das Herzogspaar, das ihr einen kostbaren Juwelen-schmuck schenkte, sondern auch die Bevölkerung hat die Kaiserin rasch lieb gewonnen, und auf den Ausflügen in der Umgegend war sie Gegenstand herzlicher Guldigungen. Die Kaiserin ließ an sämtlichen Sarkophagen der Welfenfengruft kostbare Kränze niederlegen. — Wie der hannoversche Provinziallandtag bereits eine Summe von 30 000 Mark zur Beschaffung eines Hochzeitsgeschenkes für das Brautpaar bewilligt hat, stiftete soeben der braunschweigische Landtag 50 000 Mark für denselben Zweck. Die Ankunft der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise in Berlin erfolgt am Nachmittag des heutigen Mittwoch.

Für den Empfang des Prinzregenten Ludwig von Bayern in Berlin

am morgigen Donnerstag wird bereits alle Vorbereitungen getroffen. Die Stadt hat für die Auszumündung der Einzugstraße Unter den Linden 6000 Mark bewilligt. Besonders festlich soll der Prinzregent am Freitag im Berliner Rathaus empfangen werden. Die Kosten hierfür sind auf 18 000 Mark veranschlagt worden. Der erste offizielle Empfang auf preussischem Boden erfolgt in Halle (Saale) durch den Ehrendienst.

Eine sächsische offizielle Stimme zur einmaligen Vermögensabgabe.

Die offiziöse „Leipz. Ztg.“ veröffentlicht folgende Auslassung: „Der von der Nordd. Allg. Ztg.“ mitgeteilte Vorschlag der Reichsleitung über die Deckung der einmaligen Kosten der kommenden Heeresvorlage knüpft an große vaterländische Erinnerungen an. Es sollen die bedeutenden einmaligen Ausgaben der Heeresverfängerung durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen der Besitzenden gedeckt werden. Der Besitz der Gesamtheit der Begüterten, soll ein gemaltiges Opfer bringen zum Wohle des ganzen deutschen Vaterlandes. Es ist nichts Alltägliches, wozu die Gesamtheit der Besitzenden aufgerufen wird. Nur dem kleinsten Teile der von der Besteuerung Erhaltenen wird es möglich sein, die Steuer aus ihrem laufenden Einkommen zu bezahlen. Demgegenüber und angesichts der sonstigen Bedenken gegen die Abgabe kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Vorgang nur ein einmaliger, ganz ausnahmsweise durch die außerordentlichen Umstände bedingter sein kann, und daß gegen jede Wiederholung volle Gewähr geschaffen werden muß. Ueber die Einzelheiten des Vorschlags der Reichsleitung, sowie über die mit ihm in enger Verbindung stehenden weiteren Vorschläge zur Deckung der laufenden Ausgaben der Heeresverfängerung muß eine Verständigung noch gefunden werden. Der Standpunkt der sächsischen Regierung in der Frage der Deckung der laufenden Ausgaben ist unverändert. Es muß gehofft werden, daß an der Hand des Vorschlags der Reichsleitung über die Ausbringung der einmaligen Kosten und mit ihr zusammen leichter gemeinsame Wege zur Beschaffung des laufenden Bedarfs gefunden werden.“

Die Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Der Reichstag will am Sonnabend die Osterpause eintreten lassen und nach dem Feste seine Arbeiten am 2. April wieder aufnehmen. Der Kolonialetat und das Etatsnotgesetz sollen noch vor den Ferien, nötigenfalls unter Zuhilfenahme von Abendkassungen, erledigt werden. Der Reichszentralrat hofft nach einer Mitteilung des Präsidenten Kämpf, daß die Militärvorlage dem Reichstage am 28. März zugehen und am 7. April werde beraten werden können. Man nimmt an, daß dem Hause gleichzeitig auch die Deckungsvorlagen zugehen werden.

Zur Streiffrage in Ungarn.

Der Belagerungszustand in Budapest hat es mit sich gebracht, daß fast alle Plätze und Straßenkreuzungen militärisch besetzt sind. Infolge der energischen militärischen Maßnahmen hatte sich die Proklamierung des Generalstreiks seitens der Sozialdemokratie verzögert. Dagegen gab im Abgeordnetenhaus Abg. Graf Avdoni namens der Opposition eine Erklärung ab, worin gegen die Wahrscheinlichkeit proklamiert wird. Da die Vorlage nicht von der Tagesordnung abgesetzt wurde, verließen sämtliche Mitglieder der Oppositionspartei das Haus und vereinigten sich zu einem opulenten Mittagsschmaus. — Wie weiter aus Budapest gemeldet wird, hat die sozialdemokratische Parteileitung beschlossen, jetzt keinen Massenstreik zu proklamieren. Sie wird ein Manifest erlassen, in welchem dieser Entschluß begründet wird. Die sozialdemokratische Parteileitung behält sich vor, den Generalstreik zu einem Zeitpunkt zu proklamieren, der ihr genehm ist.

Frankreich.

Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, die nach den Absichten des Kriegsministers restlos durchgeführt werden soll, wird nicht den einzigen Inhalt der neuen Heeresvorlage bilden; man will mit ihr auch die Verlegung fast aller jetzt in den Kasernen liegenden Landtruppen nach den Garnisonen des Ostens und Nordens verbinden. Der Mannschafsmangel ist jenseits der Vogesen bereits so stark geworden, daß die notwendig gewordene Einstellung von 1500 Marinemannschaften kaum durchgeführt werden kann.

Die Londoner Begegnung

des ersten Seelords der britischen Admiralität, Winston Churchill, mit dem französischen Marineminister Baudin, gelegentlich deren der Lord den Schiffsübungen des französischen „Duffard“ bewohnte, wonach bei einem Festmahl sehr herzliche Trinkprüche ausgetauscht wurden, war natürlich kein Wert des Zufalls, wie von amtlicher Seite angegeben wurde, sondern ein wohl vorbereiteter Akt. England wollte das herzliche Einvernehmen mit Frankreich durch einen besonderen Freundschaftsbeweis bekräftigen. Die Franzosen sind glücklich; die Engländer aber werden sich um Frankreichs willen in keinen Krieg verwickeln lassen.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung vom 4. März.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Die Abg. Gröber und Erzberger (Ztr.) weisen in einer Anfrage darauf hin, daß der königliche katholische Kirchenrat in Stuttgart über Vorträge zweier Jesuitenpatres Erhebungen veranlaßt hat. Wie vereinbart sich das, so fragen die Fragesteller, mit der Erklärung des Reichszentralrats, daß bei der Handhabung des Jesuitengesetzes keine Nachsicht sei und Schikane stattfinden soll?

Ministerialdirektor Caspar erwidert: Der katholische Kirchenrat untersteht dem württembergischen Ministerium des Kirchen- und Schulwesens. Da nicht dargetan ist, ob der Antrag in Württemberg erschöpft ist, liegt für den Reichszentralrat kein Anlaß vor, bei der württembergischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Ohne tatsächliche Ermittlungen, die der württembergischen Regierung zu überlassen wären, kann auch nicht festgestellt werden, ob der Erlaß des Kirchenrats mit der Erklärung des Reichszentralrats im Einklang steht oder nicht. In einer weiteren Anfrage weisen die Abg. Paasche und Zehr. v. Richthofen (nat.) auf die Verfüge der englischen Firma Dever Bros hin, die sich bemühen, eine Ausleuchtungsstation über ca. 12 000 englische Quadratmeilen des wertvollsten Landes der Republik Liberia zu erhalten.

Geheimrat Lehmann stellt fest: Die Firma bemüht sich tatsächlich um eine solche Konzession, die aber durch den Ausschluß jeglicher wirtschaftlicher Betätigung seitens Ein-